

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Mehmet Yildiz, Deniz Celik,  
Dr. Carola Ensslen, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,  
Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann und (DIE LINKE)**

### **Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020**

#### **Einzelplan 4**

**Betr.: Soziale Infrastruktur und Beratungsstellen sichern und ausbauen und  
Qualität in der Kindertagesbetreuung verbessern!**

#### **A. Soziale Infrastruktur und Beratungsstellen sichern und ausbauen**

**Aufgabenbereich 254 Jugend und Familie und Produktgruppen 254.01-04  
und 254.09**

Gemäß Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN soll Hamburg die „*kinderfreundliche Stadt in Deutschland werden.*“ Auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit wollen SPD und GRÜNE vor allem vor dem Hintergrund der flächendeckenden Einführung des schulischen Ganztags „*stärken*“.

Hamburg ist eine wachsende Stadt. Seit Jahren hat die Stadt auch vor diesem Hintergrund Steuermehreinnahmen generiert, die nicht in die notwendig mitwachsende soziale Infrastruktur eingebracht wurden. Dies hat der Senat jetzt endlich zur Kenntnis genommen und einige Bedarfe im Bereich der frühkindlichen Bildung und Schule angepasst. Die Schuldenbremse und das Hamburger Finanzrahmengesetz gelten aber weiter. Bis dahin soll ein ausgeglichener Haushalt erreicht sein. Diese Politik führt zur Begrenzung der Ausgaben auch im Haushalt der Sozialbehörde. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für gesetzliche Leistungen weiter, die erfüllt werden müssen. Das bedroht die Angebote der sozialen Infrastruktur. Dies betrifft insbesondere Einrichtungen, die Zuwendungen aus der BASFI erhalten. In den vergangenen Jahren waren vor diesem Hintergrund Einrichtungen der sozialen Infrastruktur von Kürzungen und in einzelnen Fällen auch von Schließung betroffen. Bekanntestes Beispiel dafür sind die Kürzungen bei den Rahmenezuweisungen in Höhe von rund 3,5 Millionen Euro an die Bezirke, mit denen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), der Familienförderung und der Sozialen Angebotsentwicklung finanziert werden. Hierunter fallen zum Beispiel Bauspielplätze, Jugendhäuser, Mädchentreffs, Erziehungsberatungsstellen oder Straßensozialarbeit. Die Refinanzierung von Tarif- und Preissteigerungen erfolgte nur ungenügend aus Tarifverstärker- und Restmitteln. Die minimalen jährlichen Steigerungsrate decken nicht einmal die jeweilige Inflationsrate. Während in den letzten Jahren in diesen Einrichtungen zusätzliche Aufgaben und Arbeiten erledigt werden mussten, sind die Haushaltansätze gleich geblieben oder geschrumpft. Daran haben auch die zusätzlichen Gelder für die Sozialräumlichen Hilfen und Angebote nichts geändert, die zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs im Bereich der Hilfen zur Erziehung eingerichtet wurden. Die inhaltliche Neuausrichtung ganzer Bereiche wie der OKJA (zum Beispiel auf den schulischen Ganztags) hat für weitere Unruhe und zusätzlicher Arbeit in vielen Einrichtungen geführt, auch wenn die Einrichtungen weiterhin hilfreiche Angebote für Kinder und Jugendliche und ihre Familien im Stadtteil bereitstellen. Die Einrichtungen leben trotzdem seit Jahren von ihrer

Substanz. Die Einbeziehung der Familien Geflüchteter und die neuen Aufgaben im Bereich der Kooperation mit dem schulischen Ganztag müssen sich vor diesem Hintergrund im Ausbau der sozialen Infrastruktur niederschlagen. Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg mit weniger als zwei Vollzeitstellen sind schon allein aufgrund des Gebots der Erreichbarkeit auf mindestens zwei Stellen aufzustocken. Was nützen Einrichtungen, die sofort zugemacht werden müssen, wenn die Fachkraft krank wird, Urlaub nimmt oder auf Fortbildung ist? Vor diesem Hintergrund hat es in diversen Bezirken interfraktionelle Anträge gegeben, die zusätzliche Bedarfe bei den bezirklichen Rahmenezuweisungen für ihre Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe gefordert haben. Die Reaktion des Senates: 1 Million Euro für alle Bezirke für die bessere Ausstattung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und 0,5 Millionen Euro für Tarifverstärkungsmittel reicht nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE bei Weitem nicht aus, um die aufgestauten Bedarfe auszugleichen und die gestiegenen Einwohnerwerte für die hinzugekommenen Kinder und Jugendlichen zu berücksichtigen. Auch die Ausstattung mit Erziehungsberatungsstellen ist in einzelnen Bereichen der Stadt vor diesem Hintergrund nicht gewährleistet. In Hamburg-Nord und Eimsbüttel gibt es keine Einrichtung in freier Trägerschaft. Im Bezirk Mitte droht die endgültige Schließung der Erziehungsberatungsstelle der Caritas in St. Georg mit ihren Außenstellen in Billstedt und Rothenburgsort.

Auf die zusätzlichen Aufgaben im Umgang mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen wurde vom Senat bisher nur in geringem Umfang im Bereich der sozialen Infrastruktur reagiert. Auch hier ist umzusteuern, Konzepte sind zu entwickeln. In allen Bezirken fehlen Treffpunkte und Beratungsangebote für Familien, gerade auch vor dem Hintergrund der Eingliederung von Flüchtlingsfamilien in die Gesellschaft. Alte und neue Hamburger müssen Orte haben, an denen sie zusammenkommen können. Verdrängungseffekte sind unbedingt zu vermeiden. Die Jugendverbandarbeit ist zu stärken, um die Förderung weiterer Jugendverbände möglich zu machen.

Mittelfristig muss aus unserer Sicht eine Bedarfsplanung für die soziale Infrastruktur aller Bezirke erstellt werden. In vielen Stadtteilen fehlt es an Treffpunkten zur Stärkung der Nachbarschaft und Beratung. So wurde auf Initiative des Landesrechnungshofes die Sozialbehörde aufgefordert, die Erziehungsberatungsstellen mit weniger als drei Beratungskräften auf drei Vollzeitstellen aufzustocken. Hierfür wären mittelfristig rund zusätzlich 40 Vollzeitstellen zu schaffen. Auch die Straßensozialarbeit wäre gemäß Einwohnerwert auf eine neue Berechnungsgrundlage auf die Stadtteile zu verteilen. Die Personalbemessung beim ASD ist genau zu beobachten und bei Bedarf muss es zu weiteren Stabilisierungsmaßnahmen kommen. Angesichts der Eingliederung der vielen neuen Bewohner Hamburgs sind die Bedarfsplanungen in den Bezirken zu überarbeiten. Vor diesem Hintergrund hat es in den vergangenen Jahren in der Stadt vielfältige Proteste gegeben. Viele Projekte arbeiten am Rande des Leistbaren. Auch auf diesen Umstand muss gute Politik reagieren. Zusätzliche Aufgaben sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit, der Mädcheneinrichtungen und die Erziehungsberatungsstellen, der Allgemeine Soziale Dienst und die Kinder- und Familienzentren sind ein unverzichtbarer Teil der Hilfen für Menschen, die nicht nur in den von Armut betroffenen Stadtteilen immer häufiger in Not geraten. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen in **einem ersten Schritt** die soziale Infrastruktur sichern und die Arbeitsfähigkeit der Einrichtungen aus diesen Bereichen erhalten. Es gilt, Armutprobleme von Kindern und Jugendlichen an den Stellen anzugehen, wo sie entstehen, anstatt diese auf die lange Bank zu schieben, um damit hohe Folgekosten in den nachgelagerten Hilfesystemen zu verursachen. Diese Einrichtungen bieten notwendige Hilfe direkt vor Ort.

Unsere Forderungen stellen nur einen ersten Schritt in Richtung auf eine soziale Infrastruktur in den Stadtteilen dar, die den Betroffenen zuverlässig Hilfen zur Verfügung stellt. Auch in Zeiten der Schuldenbremse muss das Gemeinwesen handlungsfähig bleiben und politisch Akzente setzen. Nur so kann Hamburg wirklich zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands werden.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

1. alle Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung, die im Rahmen der Rahmenzuweisung an die Bezirke gefördert werden, finanziell so auszustatten, dass mindestens zwei volle Personalstellen pro Einrichtung besetzt werden können. Für 132 fehlende Vollzeitstellen in den Einrichtungen der Stadt sind dafür **5,5 Millionen Euro** für 2019 und 2020 zur Verfügung zu stellen, PG: 254.09 Bezirkliche Zuweisung Jugend und Familie.
2. Tarifierhöhungen und jährliche Inflationssteigerung bei Zuwendungen an die Bezirke regelhaft zu berücksichtigen und nach dem Modell der Kita-Finanzierung zu institutionalisieren. Die Mittel dafür sind unter PG 252.02 Zentraler Ansatz und PG 254.09 Bezirkliche Zuweisungen Jugend und Familie für 2019 und 2020 einzustellen.
3. es sind jeweils eine Erziehungsberatungsstelle im Bezirk Nord und Eimsbüttel in freier Trägerschaft einzurichten. Hierfür sind 0,6 Millionen Euro ab 2020 zur Verfügung zu stellen (Produktgruppe 254.03 und 254.09).
4. die Jugendverbandsarbeit für die Haushalte 2019 und 2020 um 0,3 Millionen Euro zu erhöhen, um neue Jugendverbände, insbesondere aus dem Bereich der Migranten-/innenorganisationen in die Förderung aufzunehmen (PG 254.02).
5. zusätzlich 20 Vollzeitstellen für Straßensozialarbeit mit entsprechenden Sachleistungen zu schaffen, um in den von Armut betroffenen Gebieten der Stadt Straßensozialarbeit möglich zu machen und die zusätzlichen Aufgaben im Bereich der Kinder und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien für die Jahre 2019 und 2020 zu gewährleisten (1,56 Millionen Euro), PG: 254.02 und PG 254.09.
6. Eine Geschäftsstelle für LAG Straßensozialarbeit mit zwei Vollzeitstellen einzurichten, um die Arbeit konzeptionell abzusichern und einen hamburgweiten Austausch und Fortbildungen möglich zu machen. Hierfür sind 0,15 Millionen Euro ab 2019 zur Verfügung zu stellen.
7. Einrichtung und Betrieb je eines zusätzlichen Kinder- und Familienzentrums pro Bezirk zu finanzieren. Hierfür sind für die Jahre 2019 und 2020 zusammen 14 Millionen Euro an Investitionen und ab 2019 in der PG: 254.03 oder/und 254.09 in den Haushalt einzustellen.

**Zusammen: Für 2019 und 2020: jeweils 8,11 Mio. € in Betriebshaushalt und 14 Mio. Investitionen. In beiden Jahren kommen noch jeweils weitere Mittel hinzu, um Tarifierhöhungen und Inflationssteigerungen zu refinanzieren. Dazu wurden in der Vergangenheit Tarifverstärkungsmittel und Restmittel in Anspruch genommen.**

**B. Qualität in der Kindertagesbetreuung verbessern!**

**Aufgabenbereich 254 Jugend und Familien und Produktgruppe 254.06 Kindertagesbetreuung**

Kitas brauchen neben dem quantitativen Ausbau vor allem auch den qualitativen Ausbau. Die Stadt Hamburg hat bisher den Qualitätsausbau vernachlässigt und zumindest im Krippenbereich die schlechtesten Personalschlüssel aller westlichen Bundesländer. Personalschlüssel sind nicht der einzige Qualitätsindikator, aber allseits anerkannt einer der wichtigsten Angaben zur Qualitätsmessung. Die Personalschlüssel sind in der Hamburger Realität im direkten Kontakt mit dem Kind noch wesentlich schlechter. Bei den unter dreijährigen Kindern kommen in Hamburg im Durchschnitt 7,6 Kinder auf eine Fachkraft. Bei den 3-6-jährigen Kindern kommen real fast 13 Kinder auf eine Fachkraft. Zwar hat die Stadt Hamburg im Rahmen einer gemeinsamen Eckpunktevereinbarung mit den Kita-Verbänden langfristig eine Verbesserung der Personalstandards vereinbart und diese in Verhandlungen mit dem Kita-Netzwerk gesetzlich verankert und auch den Bundesfinanzierungsvorbehalt aufgegeben, aber die bisher vorgesehenen Schritte der Verbesserungen bleiben weit hinter dem zurück, was notwendig ist, um die Betreuungsqualität in den Kitas so zu verbessern, dass sie nicht nur zu satt und sauber reicht und nachhaltige Ergebnisse für die Förderung der Kinder haben. Sonst sind für Hamburg hohe Ausgaben in den nachgelagerten Bil-

dungs- und Sozialsystemen zu befürchten, für die Kinder sind Benachteiligungen vorprogrammiert und es drohen weiterhin hohe Krankenstände beim Personal in den Kitas und die Abwanderung von Fachpersonal. In einer Großen Anfrage Drs. 20/14257 wurden für den PARITÄTISCHEN und die Elbkinder in 2015 Krankenstände angegeben, die zu Ausfallzeiten führen, die weit über der bundesweit errechneten und geforderten Ausfallzeiten von 17,45 Prozent liegen. Die Krankenstände bei den Beschäftigten sind auch in 2016, zumindest bei den Elbkindern, nicht gesunken. (siehe Drs. 21/6582) Das Kita-Netzwerk hatte vor diesem Hintergrund über 30.000 Unterschriften gesammelt, um 25 Prozent verbesserte Personalschlüssel für Ausfallzeiten wie Urlaub, Krankheit, Fortbildung und die mittelbare pädagogische Arbeit (zum Beispiel Elterngespräche, Vorbereitungszeiten) in einer Volksinitiative durchzusetzen. Angesichts zusätzlicher Flüchtlingskinder in der Stadt im Alter von bis zu sechs Jahren entstehen zusätzliche fachliche Anforderungen an die Kitas. Die Berücksichtigung von Ausfallzeiten und mittelbarer pädagogischer Arbeit wurde übrigens im Landesrahmenvertrag zum Ausbau der ganztägigen Bildung an Schulen genauso vereinbart, warum gilt nicht das Gleiche in allen Kitas der Stadt? Gute Qualität in der Kindertagesbetreuung vermeidet langfristig hohe Folgekosten. Die Förderung von Kindern ist dann besonders effektiv, wenn sie früh einsetzt. Diese Argumentation gilt auch für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder. Vor diesem Hintergrund fordert die die Fraktion DIE LINKE in einem ersten Schritt die Finanzierung der mittelbaren pädagogischen Arbeit. Die vom Kita-Netzwerk erhobene Forderung wird angesichts der geschilderten Lage von Beschäftigten, Gewerkschaften, LEA und Trägern gleichermaßen geteilt.

Die Kinder aus Flüchtlingsfamilien im Kita-Alter brauchen in der Regel Ganztagsplätze. Dies ist bei Vorliegen einen dringlichen sozial bedingten oder pädagogischen Bedarf nach dem Prio.-10-Verfahren auch möglich. Damit würden die Kinder aus Flüchtlingsfamilien genauso behandelt werden wie alle anderen Kinder und ihre Eltern in der Stadt. Zusätzlichen Bedarfe und Anforderungen im Bereich Sprachförderung zum Beispiel könnten berücksichtigt werden. Momentan erhalten die Eltern für ihre Kinder fünf Stunden Gutscheine und wandern wie andere Eltern mit fünf Stunden Gutscheinen häufig von einer Kita zur Anderen. Diese Scheine sind generell unbeliebt in den Einrichtungen, weil sie kaum kostendeckend sind. In diesen Fällen stehen die Anforderungen an die Einrichtung in gar keinem Verhältnis zu den damit verbundenen Aufgaben. Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion DIE LINKE das Vorziehen der Verbesserung der Personalausstattung für die Fünf-Stunden-Plätze im Elementarbereich um 10 Prozent um diesen unwürdigen Zustand zu beenden. Dafür sind rund 130 Fachkräfte in Vollzeit zusätzlich notwendig. Wenn wie vom Senat vorgegeben nur 31 Stunden für eine Fachkraft angenommen wird, wären das etwa 160 zusätzliche Fachkräfte.

Die geforderten Mittel zur Verbesserung der Kita-Qualität sind gut angelegt. Sie wirken nachhaltig und halten die Fachkräfte im Beruf. Sie werden die Zahl der über 700 Fachkräfte, die das Berufsfeld jährlich verlassen, senken und positive Effekte auf die Krankenrate der Beschäftigten haben, für zusätzliche Fachkräfte aus anderen Bundesländern sorgen und weniger Ausbildungsabbrüche zur Folge haben. Jeder Euro refinanziert sich nach diversen Analysen für diesen Bereich mit dem Faktor 5. Steigerung der Qualität in den Kitas vermeidet hohe Kosten in den nachfolgenden Sozialsystemen.

Mit diesem Antrag wollen wir auch einen Einstieg in die Diskussion um die Weiterentwicklung in der Kindertagesbetreuung leisten. Für die Fraktion DIE LINKE sind die Leitlinien neben der Steigerung der Qualität in der Tagesbetreuung auch die Steigerung der Attraktivität des Berufes und die Weiterentwicklung von Bildungsbeteiligung und Beitragsfreiheit. Diese Leitlinien stehen nicht gegeneinander, sondern bedingen sich gegenseitig. Mit Verbesserungen ist da zu beginnen, wo sie am nötigsten sind – nämlich bei der Qualität.

#### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

1. Wie im Bereich der ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen die Finanzierung von **mittelbarer pädagogischer Arbeit in Höhe von 7,5 Prozent** in zwei

gleichen Schritten für 2019 und 2020 zu verbessern (PG: 254.06 in Höhe von **22,5 Millionen Euro für 2019** entspricht rund 420 zusätzlichen Fachkräften in Vollzeit **und 45 Millionen Euro für 2020**).

2. Eine um 10 Prozent verbesserte Finanzausstattung der **Fünf-Stunden-Gutscheine im Elementarbereich für die Jahre 2019 und 2020 vorzuziehen, um die schlechtere Personalausstattung der Gutscheine auszugleichen** (PG: 254.06 in Höhe von 6,9 Millionen Euro für 2019 und 2020). Dafür sind rund 130 Fachkräfte in Vollzeit zusätzlich notwendig. Wenn wie vom Senat vorgegeben nur 31 Stunden für eine Fachkraft angenommen wird, wären das etwa 160 zusätzliche Fachkräfte.

**Gesamtsumme Kita: 2019: 29,4 Millionen Euro und für 2020 51,9 Millionen Euro**